

## THELESKLAF

## FIU-Chef wird Moneyval-Präsident

**VADUZ.** Daniel Thelesklaf, Leiter der Stabsstelle Financial Intelligence Unit (FIU), wurde vom Expertenausschuss des Europarates für die Bewertung der Massnahmen gegen Geldwäscherei und der Terrorismusfinanzierung (Moneyval) zum neuen Vorsitzenden gewählt. Moneyval hat die Aufgabe, die Einhaltung der international festgelegten Standards betreffend Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung durch die Mitgliedstaaten sowie die Wirksamkeit in Bezug auf ihre Umsetzung zu beurteilen. Die Amtsdauer beträgt zwei Jahre. (wr)

## PRISMA LIFE

## NeoVac wächst im Bündnerland

**RUGGELL.** Die NeoVac AG mit Hauptsitz in Oberriet und Filiale in Chur übernimmt auf Neujahr von der Churer Mebo-Service AG deren einstiges Kerngeschäft, die Sanierung und den Unterhalt von Tankanlagen. Die NeoVac übernimmt laut Mitteilung von Mebo alle Tätigkeiten und den Kundenstamm. Das Oberrieter Unternehmen ist seit 45 Jahren in der Tankbranche aktiv, bezeichnet sich als Marktführer in der Schweiz und in Liechtenstein und erhofft sich von der Übernahme Synergien. (T. G.)

## RANKING

## Liechtenstein unter den Innovativsten

**ZÜRICH/VADUZ.** Liechtenstein belegt beim «Global Sustainable Competitiveness Index 2015» der Zürcher Denkfabrik SolAbility den Platz 6. Im Bereich Innovation hat es das Land sogar unter die ersten drei geschafft. Im Gegensatz zu vielen anderen Ranglisten der Volkswirtschaften betrachtet der Index nicht nur das Bruttoinlandsprodukt sowie andere wirtschaftliche und finanzielle Indikatoren, sondern vielmehr auch Faktoren, die das nachhaltige Wachstum beeinflussen. Dazu zählen die Verfügbarkeit von Naturkapital, Ressourceneffizienz, sozialer Zusammenhalt oder das Vorhandensein von innovativen Lösungsansätzen. (wr)

# Zur Umrüstung gezwungen

**Verpflichtet** Um den Aufwand und die Kosten zu senken, akzeptiert der Bund ab 2016 nur noch E-Rechnungen. Das spielt einer Liechtensteiner Firma in die Hände, die mit ihrer Softwarelösung zu den Marktführern zählt.

VON YVES HOLLENSTEIN

In der Schweiz und Liechtenstein werden jährlich über 300 Millionen Rechnungen zwischen Unternehmen ausgetauscht. Dazu kommen ebenso viele Bestellungen, Bestätigungen, Rückfragen und so weiter. Doch nur ein äusserst geringer Teil dieser Korrespondenzen wird heute elektronisch abgewickelt. Über 80 Prozent der Belege und Rechnungen werden noch in Papierform ausgetauscht. Hinzu kommen die Kosten für Druck, Porto und Briefmaterial. «So werden bereits elektronisch verfügbare Informationen durch den Papierdruck vernichtet und nach dem Versand teuer durch Scannen oder Eintippen wieder aufgebaut. Dies ist ein umständlicher und oft fehlerhafter Prozess, der viel Zeit und Geld kostet und bei elektronischer Übermittlung vermieden werden könnte», sagt Christian Tanner, Dozent und Berater für E-Business und Projektmanagement an der Fachhochschule Nordwestschweiz und Leiter des «swissDIGIN»-Forums.

Umso mehr, als dass beim Bereitstellen der Steuerunterlagen der ganze Papierkrieg noch einmal von vorn losgeht. Das wäre laut Tanner nicht nötig, weil die sogenannten E-Rechnungen elektronisch signiert werden könnten und die Kunden damit einen steuerrechtlich konformen Beleg mit hoher Beweiskraft in den Händen – oder besser gesagt auf dem Computer – haben würden.

## Europaweiter Trend

Immer mehr werden Unternehmen aber quasi dazu gezwungen, auf den elektronischen Datenaustausch umzurüsten. So zum Beispiel von der öffentlichen Verwaltung in der Schweiz. Ab dem 1. Januar 2016 müssen Rechnungen an den Bund ab einem Vertragswert von 5000 Franken verpflichtend in elektronischer Form gestellt werden. Mit dieser Untergrenze wird das Anliegen der KMU berücksichtigt, Kleinbeschaffungen von der Verpflichtung auszunehmen. Dazu will die Bundesverwaltung ihre Lieferanten in der Einführungsphase unterstützen.

Damit reiht sich die Schweiz in den europaweiten Trend in Richtung elektronische Rechnung an die Verwaltung ein. In vielen europäischen Ländern, wie beispielsweise Österreich, sind die Lieferanten der öffentlichen Verwaltung

bereits zur elektronischen Rechnungsstellung verpflichtet.

«Der Bund nimmt gegenüber Kantonen, Städten, Gemeinden, aber auch gegenüber privaten Unternehmen eine Vorbildfunktion wahr, um die Verbreitung der E-Rechnung zu beschleunigen und damit einen volkswirtschaftlichen Nutzen zu schaffen», sagt Simon Zbinden, Leiter E-Government Finanzen der Eidgenössischen Finanzverwaltung. Doch nicht nur das: Dank der neuen Vorgabe möchte der Bund auch Kosten sparen und die Effizienz steigern. Von den rund 700 000 Rechnungen, die der Bund jährlich erhält, werden nur etwa 15 Prozent in elektronischer Form übermittelt – obwohl alle Verwaltungseinheiten der Bundesverwaltung seit 2012 in der Lage wären, eingehende E-Rechnungen zu verarbeiten. «Alle diese Rechnungen müssen erst mühsam gescannt und anschliessend in eine digitale Form übergeführt werden», beschreibt Zbinden. Entspre-

chend habe der Bundesrat im Oktober 2014 beschlossen, ab 2016 die elektronische Rechnung zwingend zu verlangen. Die Lieferanten würden seither über die verschiedenen Lösungsvarianten informiert, und die Rechnungsstellung erfolge künftig über einen Service-Provider.

## Nicht teurer als eine Briefmarke

Einer der vom Bund offiziell anerkannten Lösungsanbieter ist die Liechtensteiner Firma io-market, welche von der neuen Vorgabe des Bundes profitieren dürfte. Die in Vaduz ansässige Softwareherstellerin und Betreiberin von E-Business-Lösungen gehört zu den Marktführern für elektronischen Datenaustausch in der Schweiz und Liechtenstein und ist seit über 15 Jahren mit einer selbst entwickelten Softwarelösung für E-Rechnungen auf dem Markt.

«Schon ab mehreren Rechnungen pro Monat lohnt es sich für ein Unternehmen, strukturierte Daten bereitzu-

stellen», sagt Daniel Kohler, CEO und Mitinhaber von io-market. Das Netzwerk von io-market sei mit diversen anderen Netzwerken in der Schweiz sowie in Europa verbunden. Damit habe ein Kunde von io-market die Möglichkeit, innerhalb weniger Tage mit nahezu allen seinen Kunden elektronische Daten austauschen zu können.

Die einfachste Variante, um dem Bund elektronische Daten liefern zu können, ist laut Kohler die PDF-Variante. «Der Kunde schickt eine PDF-Rechnung per E-Mail an uns, wir wandeln die PDF-Rechnung in eine elektronische Rechnung um und übermitteln diese dann in der gewünschten elektronischen Form an den Bund.» Die Kosten für die Umwandlung und Weiterleitung würden sich im Bereich der Kosten für eine Briefmarke bewegen. «Das zahlt sich für die meisten Kunden bereits innerhalb des ersten Monats aus», erklärt Kohler die Vorteile seiner Lösung.



Rechnungen ab 5000 Franken Vertragswert nimmt der Bund ab 2016 nur noch elektronisch entgegen.

Bild: pd

# Die Grabser WC-Erfindung stösst auf Anklang

VON YVES HOLLENSTEIN

**GRABS.** Seit drei Monaten ist der Rollac 1.0 auf dem Markt. Und die weltweit erste wasserlose, mobile Toilette der Grabser Closac AG, einer Tochterfirma der Liftac AG, verkauft sich gut: «Die erste Serie von gut 50 Stück ist bereits vergriffen», freut sich Geschäftsführer Philippe Untersander. Zu den Kunden würden aber nicht nur Spitäler und Pflegeinstitutionen gehören – auch bei Privatpraxen komme die wasserlose, mobile Toilette bestens an. Und sogar von einer Bergbahn ging eine Bestellung ein. Die Tschentebahnen in Adelboden orderten einen Rollac für ihre Kommandozentrale. «Wenn die Bahnen laufen, darf die anwesende Person auf der Zentrale ihren Posten während der gesamten Arbeitsdauer nicht verlassen. Der Besuch des stillen Örtchens ist mit dem Rollac also gleich am Arbeitsplatz möglich», erklärt Untersander.

## Bafu-Studie könnte helfen

Die Startphase für die eigene Erfindung hat die Firma Closac also erfolgreich gemeistert. Bereits im nächsten Frühjahr möchte Untersander deshalb die Produktion aufstocken: «Mit der zweiten Serie möchten wir zwischen 100 und 150 Stück herstellen.» Und wenn alles wie geplant verläuft, dürften damit auch zwei bis drei neue Mitarbei-

ter eingestellt werden. Bis 2017 gibt sich Untersander aber Zeit, bis das Geschäft mit dem Rollac so richtig ins Laufen kommen soll. «2016 sehen wir nochmals als Aufbaujahr, um die Abläufe zu festigen und das neue Produkt bekannter zu machen.»

Helfen könnte dem Grabser Start-up dabei auch eine Studie des Bundesamtes für Umweltschutz (Bafu). Die Spitäler tragen nämlich zur Verschmutzung der Gewässer bei. Dies in Form von Mikroverunreinigungen durch Medikamentenrückstände, welche die Patien-

ten ausscheiden und die so über das Abwasser – meist unbehandelt – in die Kanalisation entlassen werden. Auch sogenannte Röntgenkontrastmittel fallen in diese Kategorie. In welchem Ausmass diese die Gewässer verschmutzen, wurde bislang aber noch nicht erhoben.

Mit einer Studie will das Bafu dies nun feststellen. «Je nach Ergebnis könnte das Bafu anschliessend die Spitäler zwingen, ein Produkt wie den Rollac anzuschaffen» erklärt Untersander.

## Hygienisch und mobil

Die Abwasserverschmutzung durch medizinische Einrichtungen sei eminent, ist Peter Netzer, Facharzt für Gastroenterologie und Allgemeine Innere Medizin vom Lindenhospital Bern, überzeugt: «Bislang wurde diese Tatsache stillschweigend akzeptiert. Mit dem Rollac 1.0 bietet sich bereits jetzt eine gute Teillösung für dieses Problem an.» Beim Rollac sind Toilettenbrille und Schüssel stets mit Folie ausgekleidet, die nach Gebrauch vollständig ausgewechselt wird. So kann das Ansteckungsrisiko deutlich reduziert werden, da die Toilettenbenutzer nicht direkt mit dem Gerät in Berührung kommen. Zudem werden die Ausscheidungen in der Folie zu einem Beutel zusammengeschweisst, der später entsprechend entsorgt werden kann. Somit gelangen auch keine Verunreinigungen in das Abwasser. Als Vorteil für Privatärzte hat sich auch das hohe Mass an Mobilität des Rollac erwiesen. Viele Arztpraxen verfügen über Behandlungsräume ohne eigene WCs. Das ist sowohl für die Patienten als auch für das Personal oft mühsam und unangenehm.



Die wasserlose, mobile Toilette Rollac 1.0 ist nicht nur für Spitäler interessant.

Bild: pd